

Unterrichtung

durch die Europäische Kommission

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen

Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Beteiligung, Begegnung und Befähigung - eine neue EU-Strategie für junge Menschen

COM(2018) 269 final

Der Bundesrat wird über die Vorlage gemäß § 2 EUZBLG auch durch die Bundesregierung unterrichtet.

Hinweis: vgl. Drucksache 434/09 = AE-Nr. 090365,
Drucksache 747/16 = AE-Nr. 161085 und
Drucksache 713/17 = AE-Nr. 171096



Brüssel, den 22.5.2018
COM(2018) 269 final

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

Beteiligung, Begegnung und Befähigung: eine neue EU-Strategie für junge Menschen

{SWD(2018) 168 final} - {SWD(2018) 169 final}

1. Auf dem Weg zu einer neuen EU-Strategie für die Jugend

Junge Menschen wollen ihr Leben selbst in die Hand nehmen, auf andere Menschen zugehen und sie unterstützen. Viele sehen sich jedoch einer ungewissen Zukunft gegenüber, denn es ist nicht absehbar, wie sich der technologische Wandel, demografische Trends, Diskriminierung, soziale Ausgrenzung, Fake News und Populismus auf Beschäftigung, Qualifikationen oder die Funktionsweise unserer Demokratien auswirken werden. Sie müssen mehr als je zuvor Widerstandsfähigkeit zeigen und sich an diese Herausforderungen anpassen können. Sie sollten sich die notwendigen Fähigkeiten aneignen, damit sie in Europa und darüber hinaus zu erfolgreichen, demokratischen und von Zusammenhalt geprägten Gesellschaften beitragen können. In der heutigen vernetzten Welt sind viele junge Menschen besorgt über globale Fragen wie den Klimawandel oder Frieden und Sicherheit.

Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs und einer niedrigeren Arbeitslosenquote bestehen u. a. auch zwischen den Generationen nach wie vor Ungleichheiten. Zum ersten Mal seit dem zweiten Weltkrieg besteht die Gefahr, dass es der heutigen Jugend schlechter gehen wird als ihren Eltern.¹ 29 % der 16- bis 29-Jährigen sind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht und 11,6 % der 15- bis 24-Jährigen befinden sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung (NEETs)²; 15,9 % der jungen Menschen dieser Altersgruppe sind hingegen arbeitslos – ihre Arbeitslosenquote ist also doppelt so hoch wie die allgemeine. Die sozio-ökonomische und demokratische Ausgrenzung gehen Hand in Hand.³ Jugendliche, die mit Benachteiligungen zu kämpfen haben, sind in der Regel weniger aktive Bürgerinnen und Bürger und haben weniger Vertrauen in die Institutionen. Sie profitieren auch weniger von Mobilitätserfahrungen wie beispielsweise Erasmus+.

Europa kann sich ungenutzte Talente, soziale Ausgrenzung oder Desinteresse unter seinen Jugendlichen nicht leisten. Junge Menschen sollten nicht nur Architekten ihres eigenen Lebens sein, sondern auch zu einem positiven Wandel in der Gesellschaft beitragen. Das neue Europäische Solidaritätskorps ist ein Beleg für die Bereitschaft vieler junger Europäerinnen und Europäer, Solidarität gegenüber Menschen und Orten in Not zu zeigen, was einen der europäischen Zusammenarbeit zugrunde liegenden zentralen Wert darstellt.

Die Staats- und Regierungschefs der EU bestätigten im Jahr 2016, dass Maßnahmen zur Unterstützung der Jugend notwendig sind.⁴ Im Bratislava-Fahrplan⁵ verpflichteten sie sich zur Schaffung besserer Möglichkeiten für die Jugend; diese Ambitionen wurden seitdem beispielsweise mit den Arbeiten an der Schaffung eines europäischen Bildungsraums⁶ umgesetzt.

Damit junge Menschen die Vorteile von EU-Maßnahmen voll ausschöpfen können, müssen diese ihre Wünsche, Kreativität und Talente berücksichtigen. Die Jugend wiederum bereichert die Ziele der EU: Diese Generation ist die am besten ausgebildete Generation, die es je gab, und sie ist auch eine der kreativsten, was die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien und sozialen Medien angeht.

Die EU pflegt bereits seit 2002 eine engagierte jugendpolitische Zusammenarbeit auf EU-Ebene, die auf den Grundsätzen der aktiven Teilhabe und des gleichberechtigten Zugangs zu

¹ Weißbuch zur Zukunft Europas, März 2017.

² Eurostat, 2016.

³ Eurofound – Abschnitt zu NEETs: <https://www.eurofound.europa.eu/topic/NEETs>.

⁴ Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Investieren in Europas Jugend“ (COM(2016) 940).

⁵ <http://www.consilium.europa.eu/media/21250/160916-bratislava-declaration-and-roadmapen16.pdf>

⁶ https://ec.europa.eu/commission/news/towards-european-education-area-2025-2017-nov-14_de

Möglichkeiten basiert, in Synergie mit anderen Politikbereichen, die junge Menschen betreffen, wie etwa Bildung und Beschäftigung. Die Zusammenarbeit hat politische und legislative Veränderungen in den Mitgliedstaaten veranlasst und zum Kapazitätsaufbau von Jugendorganisationen beigetragen. Es sind jedoch nach wie vor große Herausforderungen zu bewältigen, wie etwa die Einbeziehung von mehr jungen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund, einschließlich jener mit weniger Möglichkeiten, und eine bessere Öffentlichkeitsarbeit an der gesellschaftlichen Basis.

Durch die Einbeziehung und Befähigung junger Frauen und Männer kann die Jugendpolitik, wie in der Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur“⁷ dargelegt, dazu beitragen, die Vision eines Kontinents, auf dem junge Menschen Chancen ergreifen und sich mit europäischen Werten identifizieren können, erfolgreich zu verwirklichen.

Eine erneuerte jugendpolitische Zusammenarbeit auf EU-Ebene kann dabei helfen, das derzeitige Beteiligungsparadoxon zu überwinden. Junge Menschen zeigen Interesse an der Politik⁸ und sind sozial aktiv: 53 % beteiligen sich an organisierten Aktivitäten, nahezu ein Drittel sind aktive Freiwillige und andere verfolgen bestimmte Themen in den Medien oder setzen sich als Verbraucher für eine Sache ein. Dennoch neigen sie dazu, sich von traditionellen Formen der Beteiligung abzuwenden. Von sozialer Ausgrenzung bedrohte Jugendliche sind in allen Bereichen unterrepräsentiert. Entscheidungsträger müssen die Beteiligung zu einer Realität für alle jungen Menschen machen: Sie müssen zu deren Gunsten getroffene Maßnahmen transparent gestalten, über deren bevorzugte Kanäle (wie z. B. soziale Medien) auf sie zugehen, auf verständliche Weise mit ihnen kommunizieren, und ihre Einbeziehung in Entscheidungen fördern.

Die Kommission hat sich in ihrer Mitteilung von Dezember 2016⁹ verpflichtet, die Beteiligung der Jugend für die Zeit nach 2018 zu fördern. Der Rat wiederum forderte „die wirksame jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa nach 2018 beizubehalten und zu verbessern“.¹⁰

Die Kommission schlägt daher eine neue EU-Strategie für die Jugend vor, um das gemeinsame Engagement zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten für diese Politik unter vollständiger Wahrung der Subsidiarität zu bekräftigen. Um die Jugendpolitik noch wirksamer an die EU-Finanzierung zur Unterstützung ihrer Ziele anzugleichen, sollte die Strategie zusammen mit dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen auslaufen. Ihre Prioritäten stützen sich auf solide Datenquellen¹¹, eine externe Bewertung¹², von europäischen Institutionen abgegebene Stellungnahmen sowie 2017 im Rahmen der Initiativen „The Year of Listening“¹³ und „Ein neues Leitmotiv für Europa“¹⁴ durchgeführte Konsultationen. Diese

⁷ Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur“ (COM(2017) 673).

⁸ Flash Eurobarometer 455.

⁹ Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Investieren in Europas Jugend“ (COM(2016) 940).

¹⁰ Schlussfolgerungen des Rates zu den strategischen Perspektiven für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa nach 2018, Mai 2017.

¹¹ Flash Eurobarometer 455; Eurostat (<http://ec.europa.eu/eurostat/web/youth/data/database>).

¹² SWD(2017) 280 und SWD(2017) 281 über die Bewertung der EU-Strategie für die Jugend.

¹³ Stellungnahmen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments, des Europäischen Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie die Ergebnisse des strukturierten Dialogs, der Fokusgruppen, der Online-Konsultationen und einer Konferenz mit Interessenträgern. Siehe die Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über die Ergebnisse der offenen Methode der Koordinierung im Bereich Jugend 2010-2018

¹⁴ http://europa.eu/youth/have-your-say/new-narrative-for-europe_de

betonen einstimmig, dass die jugendpolitische Zusammenarbeit auf EU-Ebene konkrete Vorteile bringt und verweisen auf ihr Potenzial. Die neue Strategie wird auf den Erfolgen der vorhergehenden Strategie aufbauen und offener, sichtbarer und wirksamer sein, damit sich mehr junge Menschen daran beteiligen.

Zusammenfassung der wichtigsten Maßnahmen

- Verbesserung der **sektorübergreifenden Zusammenarbeit** in allen Politikbereichen, u. a. durch eine/n **EU-Jugendkoordinator/in**, um der Jugend eine Stimme bei der Gestaltung der EU-Politik zu geben;
- **Nachverfolgung** der EU-Ausgaben für die Jugend;
- Aufnahme eines neuen und inklusiveren **EU-Jugenddialogs**, wobei der Schwerpunkt auf benachteiligten Jugendlichen liegen sollte;
- Beseitigung von Hindernissen für und **Förderung von Auslandsaufenthalten im Rahmen von Freiwilligentätigkeiten und Solidaritätsaktionen**;
- Umsetzung einer **Jugendarbeitsagenda** zur Förderung der Anerkennung des nicht-formalen Lernens;
- engere Verknüpfung der EU-Jugendpolitik mit den entsprechenden EU-Programmen (**Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps**).

2. Beteiligung. Begegnung. Befähigung.

Die jugendpolitische Zusammenarbeit auf EU-Ebene soll das Potenzial der Jugendpolitik bestmöglich nutzen. Sie kann die Beteiligung der Jugendlichen am demokratischen Leben gemäß Artikel 165 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union fördern. Sie kann außerdem soziales Engagement sowie staatsbürgerliche und sozio-pädagogische Aktivitäten (Jugendarbeit) unterstützen, die jungen Menschen Lebenskompetenzen vermitteln und als eine Brücke zur Gesellschaft fungieren, insbesondere für benachteiligte Jugendliche.

In den kommenden Jahren soll die Strategie

- jungen Menschen ermöglichen, **ihr eigenes Leben zu gestalten, Widerstandsfähigkeit aufzubauen** und sich Lebenskompetenzen anzueignen, um in einer sich verändernden Welt zurechtzukommen;
- junge Menschen dazu anregen, sich durch Identifizierung mit den Werten der EU und einer europäischen Identität als **aktive und solidarische Bürgerinnen und Bürger für einen positiven Wandel** der Gemeinschaften in ganz Europa einzusetzen;
- dazu beitragen, **soziale Ausgrenzungen von Jugendlichen** zu verhindern;
- die **Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf junge Menschen** durch Dialog und Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse in allen Sektoren zu verbessern.

Zu diesem Zweck werden im Rahmen der jugendpolitischen Zusammenarbeit Aktivitäten unternommen, die sich in drei Aktionsbereiche gliedern.

BETEILIGUNG: Förderung der Beteiligung der Jugend am demokratischen Leben

BEGEGNUNG: Ermöglichung von Jugendbegegnungen in der gesamten EU und darüber hinaus, um freiwilliges Engagement, Lernmobilität, Solidarität und interkulturelles Verständnis zu fördern

BEFÄHIGUNG: Förderung der Befähigung der Jugend durch Qualität, Innovation und Anerkennung von Jugendarbeit

Die Strategie wird sich insbesondere auf folgende Punkte konzentrieren:

Alle Jugendlichen erreichen: Das Ziel sollte darin bestehen, die Aussichten aller jungen Menschen zu verbessern, unabhängig von ihrem Hintergrund oder sozialen Status. Das Jugendprogramm Erasmus+ verfügt über die Mittel, Jugendliche mit weniger Möglichkeiten zu erreichen, die über 36 % der Begünstigten des Programms darstellen.¹⁵ Dennoch sind mehr Maßnahmen erforderlich, damit die EU-Jugendpolitik und das Programm Erasmus+ wirklich inklusiv sind.

Zusammenarbeit auf allen Ebenen – global bis lokal: Junge Menschen engagieren sich für die Bewältigung globaler Herausforderungen, insbesondere die Ziele für nachhaltige Entwicklung. Spiegelbildlich dazu beginnt die Befähigung der Jugend an der gesellschaftlichen Basis und hängt von der unterschiedlichen Situation der jungen Menschen ab. Die jugendpolitische Zusammenarbeit auf EU-Ebene sollte die Beziehungen zu politischen Entscheidungsträgern und Akteuren auf regionaler und lokaler Ebene verbessern und Initiativen von Jugendlichen an der gesellschaftlichen Basis fördern.

... und die virtuelle Welt: Digitale Technologien revolutionieren das Leben junger Menschen in vielerlei Hinsicht und politische Strategien müssen sowohl die Chancen als auch Herausforderungen berücksichtigen, indem das Potenzial von sozialen Medien genutzt, Jugendliche mit digitalen Fähigkeiten ausgestattet sowie kritisches Denken und Medienkompetenz gefördert werden.



2.1. BETEILIGUNG

Vor dem Hintergrund der Überlegungen über die Zukunft Europas ist es nun an der Zeit, **jungen Menschen zuzuhören und sie zu befähigen**, ihre Träume zu verwirklichen.

Viele wollen am politischen Leben teilhaben, erwarten jedoch auch, dass ihre Meinung zählt. Auch wenn sie sich häufig weniger als ältere Gruppen an Abstimmungen beteiligen oder für politische Parteien engagieren, geben sie an, sich für Politik zu interessieren, und sind der EU gegenüber äußerst positiv eingestellt. Das Zugehörigkeitsgefühl zur EU ist stärker unter Menschen, die nach 1980 geboren sind (73 %), als unter Menschen, die vor 1946 geboren sind (54 %).¹⁶ Wie im Bericht über die Unionsbürgerschaft 2017¹⁷ hervorgehoben wurde, ist das Engagement Jugendlicher angesichts der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 von entscheidender Bedeutung.

Die EU-Jugendpolitik wendet sich heute über den Strukturierten Dialog¹⁸ an die Jugend und hat so seit 2010 bereits über 200 000 von ihnen erreicht. Obwohl sich dieser Dialog zu einem einflussreichen Instrument entwickelt hat, schlägt die Kommission vor, einen Schritt weiter zu gehen und diesen zu erneuern. Neben der Berücksichtigung der gewonnenen Erkenntnisse aus

¹⁵ Erasmus+ Jahresbericht 2016.

¹⁶ Standard Eurobarometer 86, 2016.

¹⁷ http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-118_de.htm

¹⁸ Der Strukturierte Dialog ist der Konsultationsprozess für die Jugend im Rahmen der Strategie 2010-2018.

der Initiative „Ein neues Leitmotiv für Europa“ sollte für eine **Vergrößerung seiner Reichweite** gesorgt werden, die über Jugendorganisationen, die in EU-Angelegenheiten aktiv sind, hinausgeht, und eine breitere Zielgruppe angesprochen werden, einschließlich auf lokaler Ebene. Es sollte besser auf benachteiligte Gruppen eingegangen werden, zum Beispiel indem auf der Inklusions- und Diversitätsstrategie¹⁹ im Rahmen von Erasmus+ aufgebaut wird. Zudem sollte auf das Fachwissen junger Experten und Forscher zurückgegriffen werden. Neben den geschätzten EU-Jugendkonferenzen und -treffen wird der EU-Jugenddialog **neue und alternative Formen der Beteiligung, einschließlich Online-Kampagnen, aufgreifen**, d. h. Konsultationen über digitale Plattformen, die mit dem europäischen Jugendportal verbunden sind. Der Dialog soll auf EU-Ebene koordiniert werden, mit Beiträgen von Jugendlichen auf allen Ebenen und unterstützt von nationalen Arbeitsgruppen mit verbesserten Monitoringmechanismen. Er sollte im Hinblick auf seine Wirkung **transparent und sichtbar** sein. Damit junge Menschen sich ihre Meinung auf der Grundlage von Fakten und Argumenten bilden können, ist ein Zugang zu hochwertigen Informationen von entscheidender Bedeutung.

Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit auf EU-Ebene wird auf Folgendem liegen:

- **Aufnahme eines neuen EU-Jugenddialogs**, in dem junge Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund zu politischen Entscheidungen auf EU-Ebene Stellung nehmen;
- **Konsolidierung des europäischen Jugendportals** als zentrale digitale Anlaufstelle für junge Menschen, um mit der EU zusammenzuarbeiten;
- **Erhöhung der Beteiligung der Jugend** am demokratischen Leben, einschließlich eines Zugangs zu hochwertigen, von vertrauenswürdigen Quellen validierten Informationen, und Förderung der Beteiligung an **Europa- und anderen Wahlen**;
- **Unterstützung des „Erwerbs von Partizipationskompetenz“** und Steigerung des Interesses an partizipativen Maßnahmen in ganz Europa und darüber hinaus durch Erasmus+.

Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, sich auf Folgendes zu konzentrieren:

- **Förderung von Dialog und partizipativen Mechanismen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung**, z. B. durch Jugendräte, wobei ein besonderer Fokus auf Feedbackmechanismen und der Kontaktaufnahme mit Jugendlichen mit unterschiedlichem Hintergrund liegen sollte; dies könnte auch die Unterstützung von Behörden für die Einführung partizipativer Verfahren (z. B. über Toolkits) umfassen;
- **Förderung des sozialen und bürgerschaftlichen Engagements junger Menschen**, was auch die Beteiligung an Jugendorganisationen oder Online-Aktionen umfasst;
- **Unterstützung der Vorbereitung junger Menschen auf die Teilhabe** durch Jugendarbeit, Jugendparlamente oder Simulationen, Maßnahmen rund um politische Bildung und Medienkompetenz in Synergie mit formaler Bildung und Behörden;
- Erforschung innovativer und alternativer **Formen der demokratischen Beteiligung**;

¹⁹ http://ec.europa.eu/assets/eac/youth/library/reports/inclusion-diversity-strategy_en.pdf

- **Heranziehung von Tools zur Förderung von Debatten** über die EU, wie etwa das Toolkit, das im Rahmen der Initiative „Ein neues Leitmotiv für Europa“ entwickelte wurde.



2.2. BEGEGNUNG

Die Strategie für die Jugend wird dafür sorgen, dass junge Menschen konkret erfahren können, welche **Möglichkeiten** für Begegnungen, Zusammenarbeit und Bürgerengagement sich ihnen in einem europäischen Kontext bieten.

Erasmus+, eines der erfolgreichsten Instrumente der EU, hilft jungen Menschen, ihren Horizont zu erweitern und auf dem gesamten Kontinent und darüber hinaus Brücken zu bauen. Im Zeitraum 2014 bis 2020 werden mehr als 500 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch Jugendbegegnungen und Freiwilligentätigkeiten im Ausland Erfahrungen und Fähigkeiten erwerben. Durch Erasmus+ Virtual Exchange²⁰ werden Dialoge zwischen Jugendlichen in der EU und in Ländern des südlichen Mittelmeerraums ermöglicht. Diese Erfahrungen fördern die Beschäftigungsfähigkeit und tragen zur Entwicklung eines Verständnisses für europäische Werte und Toleranz bei.²¹ Die EU sollte **mehr innovative Möglichkeiten für Jugendbegegnungen erschließen** und dabei auf bewährte Formate wie Jugendaustauschprogramme und die Zusammenarbeit zwischen Jugendorganisationen zurückgreifen.

Junge Menschen engagieren sich zunehmend ehrenamtlich²², jedoch nur 8 % tun dies im Ausland. Die EU unterstützt Freiwilligentätigkeiten seit mehr als zwanzig Jahren. Es wird nun vorgeschlagen, diese Unterstützung auszuweiten, um im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps neue Möglichkeiten für junge Menschen zu schaffen, Solidarität zum Ausdruck zu bringen (z. B. durch Jobs oder Praktika). Zur Ausschöpfung seines **vollen Potenzials** und um sicherzustellen, dass nationale Systeme grenzüberschreitende Erfahrungen ermöglichen, sollten die Kommission und die Mitgliedstaaten gemeinsam an einem unterstützenden politischen, rechtlichen und administrativen Umfeld arbeiten.

²⁰ <https://europa.eu/youth/erasmusvirtual>

²¹ http://www.researchyouth.net/documents/ray_policybrief_2014.pdf

²² 31 % aller jungen Menschen haben sich in den letzten zwölf Monaten an ehrenamtlichen Aktivitäten beteiligt (das entspricht einem Anstieg von sechs Prozentpunkten seit 2014, Eurobarometer 455).

Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit auf EU-Ebene wird auf Folgendem liegen:

- **Zusammenführung junger Menschen aus ganz Europa und darüber hinaus** unter Berücksichtigung der Erfahrungen im Rahmen von „**Die europäische Jugend vereint**“ („**European Youth Together**“) ²³, durch Vernetzung junger Menschen aus verschiedenen Teilen Europas, **im Rahmen des Projekts Virtueller Erasmus+-Austausch** und anderer Maßnahmen des Jugendprogramms Erasmus+;
- **Unterstützung der Umsetzung des Europäischen Solidaritätskorps** durch politische Zusammenarbeit und Gemeinschaftsbildung, insbesondere durch die **Aktualisierung und Ausweitung der Empfehlung des Rates über die grenzüberschreitende Mobilität von Freiwilligen von 2008**, und weitere Stärkung des Potenzials des **Portals des Europäischen Solidaritätskorps** mit dem Ziel, die Jungen besser zu erreichen und zur Gemeinschaftsbildung beizutragen;
- **Ausweitung der Beteiligung an grenzüberschreitender Lernmobilität und Solidarität** im Rahmen des Programms **Erasmus+** und des **Europäischen Solidaritätskorps** mit einem Fokus auf benachteiligte Personen.

Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, sich auf Folgendes zu konzentrieren:

- **Förderung des solidarischen Engagements junger Menschen:** Förderung von Unterstützungsprogrammen und des Kapazitätsaufbaus von Organisationen, die in diesem Bereich aktiv sind, Sensibilisierung für Möglichkeiten und Bereitstellung von Informationen über die Rechte und Leistungen, die freiwillig oder ehrenamtlich Tätigen zustehen. Bei der Entwicklung nationaler Programme sollten die Mitgliedstaaten Komplementarität und Synergien mit dem Europäischen Solidaritätskorps anstreben;
- **Prüfung und Beseitigung rechtlicher und administrativer Hindernisse für grenzüberschreitende Solidarität:** Die Mitgliedstaaten sollten Hindernisse ermitteln und beseitigen, damit junge Menschen bereit sind, sich im Rahmen grenzüberschreitender Freiwilligentätigkeiten zu engagieren (z. B. im Hinblick auf Sozialleistungen oder die Krankenversicherung);
- **Förderung der Anerkennung von Freiwilligenarbeit und Validierung der Lernergebnisse:** Freiwillige verdienen es, dass ihre Fähigkeiten – vom unschätzbaren Wert der Freiwilligentätigkeit für die Gesellschaft einmal ganz abgesehen – auch Anerkennung auf dem Arbeitsmarkt finden.

**2.3. BEFÄHIGUNG**

Jugendarbeit bringt einzigartige Vorteile für junge Menschen bei ihrem Eintritt ins Erwachsenenalter mit sich ²⁴, indem ihnen ein sicheres Umfeld zur Gewinnung von Selbstvertrauen und nicht-formalen Lehrerfahrungen geboten wird. Jugendarbeit stattet Jugendliche bekanntermaßen mit wichtigen Kompetenzen und Fähigkeiten in Bezug auf Teamarbeit,

²³ https://eacea.ec.europa.eu/node/2868_de

²⁴ Expertengruppe zum Thema „Der Beitrag der Jugendarbeit und des nicht-formalen und informellen Lernens zur Bewältigung der Herausforderungen, denen junge Menschen insbesondere beim Übergang von der Ausbildung ins Erwerbsleben gegenüberstehen“.
http://ec.europa.eu/assets/eac/youth/library/reports/contribution-youth-work-summary_de.pdf

Führung, Interkulturalität, Projektmanagement, Problemlösung und kritisches Denken aus. In einigen Fällen ist Jugendarbeit die Brücke zu Bildung, Ausbildung oder Beschäftigung und verhindert so die Ausgrenzung.

Um diese Vorteile zu nutzen, **bedarf es einer größeren Anerkennung** des nicht-formalen Lernens durch Jugendarbeit, die insbesondere für Personen mit geringen formalen Qualifikationen förderlich ist, um die Beschäftigungsfähigkeit und unternehmerische Fähigkeiten zu verbessern. Die Anerkennung kann durch einen systematischeren **Einsatz von qualitativ hochwertigen Tools** verbessert werden.

Jugendarbeiter selbst wiederum müssen sich an die sich verändernden Bedürfnisse und Gewohnheiten junger Menschen und an den **technologischen Wandel** anpassen. Jugendarbeiter müssen entsprechend dem europäischen Referenzrahmen für digitale Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger²⁵ und dem Aktionsplan für digitale Bildung²⁶ ihre Fähigkeiten verbessern, um die Probleme zu verstehen, mit denen Jugendliche im Internet konfrontiert sind, und die neuen Möglichkeiten nutzen, die das digitale Lernen bietet. Die Jugendarbeit leidet in vielen Teilen Europas unter Mittelkürzungen²⁷, weshalb diese Investitionen oftmals eine Herausforderung darstellen.

Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit auf EU-Ebene wird auf der Umsetzung einer Jugendarbeitsagenda für Qualität, Innovation und die Anerkennung von Jugendarbeit liegen:

- Entwicklung und Verbreitung **praktischer Toolkits** für qualitativ hochwertige Jugendarbeit;
- Unterstützung von Aktivitäten an der gesellschaftlichen Basis, was die **Anerkennung, Innovation und den Kapazitätsaufbau im Bereich der Jugendarbeit** unter Erasmus+ anbelangt;
- Förderung des Lernens voneinander und der Gewinnung von Erkenntnissen im Bereich der **digitalen Jugendarbeit, Förderung der Fähigkeiten von Jugendarbeitern und Unterstützung der Finanzierung** von Jugendarbeit.

Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, sich auf Folgendes zu konzentrieren:

- **Qualitätsentwicklung:** Die bei der Ausbildung von Jugendarbeitern verwendeten Qualitätstools und -systeme sollten den sich verändernden Umständen im Leben junger Menschen entsprechen und in einen breiteren Qualitätsansatz zur Befähigung von Organisationen eingebettet sein.
- **Anpassung an digitale Möglichkeiten:** Die Struktur, Methoden und Kommunikationskanäle der Jugendarbeit sollten sich an die digitale Welt anpassen lassen: Es sollten technologische und pädagogische Verfahren angewendet werden, um den Zugang zu erhöhen und junge Menschen beim Umgang mit digitalen Mitteln zu unterstützen. Die digitale Jugendarbeit sollte in die Ausbildung von

²⁵ Auch bekannt als „DigComp“.

²⁶ COM(2018) 22 final.

²⁷ Studie „Working with young people: the value of youth work in the EU“ (Arbeiten mit jungen Menschen: Wert der Jugendarbeit in der EU), ICF-GHK, 2014, Europäische Kommission.

Jugendarbeitern und – wo vorhanden – in die Beschäftigungs- und Kompetenzstandards der Jugendarbeit integriert werden.

- **Förderung der Anerkennung:** Zur Untermauerung des Werts der Jugendarbeit für die betroffenen Jugendlichen sollten entsprechend der Empfehlung des Rates zur Validierung nicht-formalen und informellen Lernens sowie der Agenda für Kompetenzentwicklung angemessene und allgemein akzeptierte Anerkennungsinstrumente entwickelt werden²⁸.
- **Zugehen auf alle jungen Menschen, insbesondere auf die Benachteiligten unter ihnen:** Die Jugendarbeit verfügt über das einzigartige Potenzial, die schutzbedürftigsten Jugendlichen zu erreichen und auf ihre individuellen Bedürfnisse einzugehen.

3. Wirksame, gezielte, gemeinsame und sektorübergreifende Umsetzung

3.1. Sektorübergreifende Maßnahmen

Die Lebensverhältnisse der Jugendlichen in Europa sind unterschiedlich und geprägt von Herausforderungen, die in verschiedenen Politikbereichen angegangen werden müssen. Trotz positiver Trends wie einer Zunahme der Zahl der Studierenden und einem Rückgang der Schulabbrecherquote und der (wenngleich noch immer hohen) Jugendarbeitslosigkeit²⁹ bestehen nach wie vor große Herausforderungen, die häufig miteinander verknüpft sind. Dazu zählen u. a. die sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit in bestimmten Mitgliedstaaten, Regionen und Gruppen, wachsende Jugendarmut, prekäre Beschäftigung, ungleicher Zugang zu hochwertiger Bildung oder Gesundheitsfragen.

In diesem Zusammenhang waren die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Reduzierung der hohen Rate von Jugendlichen, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden (NEETs), eine EU-Priorität, die durch spezifische Initiativen unterstützt wurde: Mehr als 3,5 Millionen junge Menschen haben von der im Jahr 2013 ins Leben gerufenen Jugendgarantie profitiert. Der Europäische Sozialfonds und die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen investieren im Zeitraum 2014-2020 zusammen 14,5 Mrd. EUR direkt in Jugendbeschäftigungsmaßnahmen. Trotz einiger Fortschritte geht aus der EU-Strategie für die Jugend und dem Bericht zur Evaluierung der Umsetzung der Jugendgarantie hervor, dass Brücken zwischen der Jugend und Beschäftigungssektoren gebaut und NEETs wirksamer erreicht werden müssen, die sich vielfältigen Barrieren gegenübersehen. Außerdem wurde im Aktionsplan der EU für die Integration von Drittstaatsangehörigen³⁰ und in der Mitteilung zum Schutz minderjähriger Migranten³¹ bekräftigt, welche Bedeutung der Förderung der Integration junger Migranten und Flüchtlinge zukommt.

²⁸ „Allgemeine und berufliche Bildung 2020“ (2015/C 417/04), Eine neue europäische Agenda für Kompetenzen, COM(2016) 381.

²⁹ Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über die Situation junger Menschen in der EU.

³⁰ COM(2016) 377

³¹ (COM(2017) 211 final).

Es wurden nicht in allen acht Handlungsfeldern³² gleichermaßen positive Ergebnisse erzielt; der Bewertung zufolge waren diese zu breit angelegt. Kein Mitgliedstaat befasste sich mit allen von ihnen, da sie nicht alle überall von gleicher Relevanz waren.

Zur Steigerung der Wirksamkeit schlägt die Kommission einen zweigleisigen Ansatz vor:

1) Stärkung der Jugendperspektive in allen Politikbereichen auf EU-Ebene durch:

- **Sicherstellung, dass die Anliegen der Jugendlichen bei der Ausgestaltung der EU-Politik berücksichtigt werden**, und zwar durch eine/n **EU-Jugendkoordinator/in**, also einer sichtbaren Bezugsperson und Anlaufstelle für junge Menschen bei der Europäischen Kommission. Aufgabe dieser Person wäre es, das zuständige Kommissionsmitglied zu Themen der Jugendpolitik zu beraten, einen Beitrag zur Gewährleistung von Koordinierung und Kohärenz zu leisten sowie in enger Zusammenarbeit mit EU-Institutionen und Agenturen und mit den Mitgliedstaaten für die Tätigkeit der EU in diesem Bereich zu sensibilisieren, die Ergebnisse des EU-Jugenddialogs bekannt zu machen und jungen Menschen über das europäische Jugendportal und die Plattform der EU-Strategie für die Jugend³³ Feedback zu geben;
- Verbesserung der **Transparenz von EU-Maßnahmen** für junge Menschen, einschließlich der Nachverfolgung von EU-Ausgaben für junge Menschen³⁴;
- Förderung **partizipativer Modelle der Politikgestaltung** unter Einbeziehung junger Menschen, wie z. B. **Labore für Jugendpolitik („Youth Policy Labs“)**³⁵;
- **Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Entwicklung der Jugendpolitik** durch die Gewinnung von Erkenntnissen, durch Voneinander-Lernen und den Austausch bewährter Verfahren, einschließlich neuer Instrumente wie Peer-Reviews und Peer-Beratung;
- Leistung eines Beitrags durch Einsatz der Instrumente für die jugendpolitische Zusammenarbeit, wie z. B. Lernen voneinander, Evidenz, den/die Koordinator/in oder den Dialog, zu **sektorübergreifenden Initiativen** für die Jugend, wie etwa die

³² Allgemeine und berufliche Bildung, Beschäftigung und Unternehmergeist, Gesundheit und Wohlbefinden, Teilhabe, Freiwilligentätigkeit, soziale Inklusion, Jugend in der Welt, Kreativität und Kultur.

³³ Der/die EU-Jugendkoordinator/in wäre beratend im Dienst der Kommission tätig und würde von der für die Jugendpolitik zuständigen Generaldirektion unterstützt. Zu den Aufgaben des/der Koordinator/in würde es gehören, für die Kommission den neuen EU-Jugenddialog zu führen, den von jungen Menschen geäußerten Ansichten sowie den Ergebnissen des EU-Jugenddialogs Rechnung zu tragen, sie in die zuständigen Kommissionsdienststellen hineinzutragen und Kontakte zum Europäischen Parlament und den nationalen Entscheidungsträgern zu pflegen. Der/die Koordinator/in würde auch als erste Anlaufstelle für junge Menschen und diejenigen, die sie vertreten, fungieren und in Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Dienststellen der Kommission die Leitung bei der Durchführung von Informations- und Kommunikationsmaßnahmen für junge Menschen übernehmen.

³⁴ Dies würde die Mittel für Einzelpersonen betreffen und zwar auch unter Heranziehung von Schätzungen, um die Schaffung zusätzlicher administrativer Belastungen im Hinblick auf die Berichterstattung und Datenerhebung zu vermeiden, insbesondere für Programme wie das heutige Erasmus+. Europäischer Solidaritätskorps; Programm für Beschäftigung und soziale Innovation; Horizont 2020; Kreatives Europa; Europa für Bürgerinnen und Bürger; Programm „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“, EU-Gesundheitsprogramm; Erasmus für junge Unternehmer (COSME); Beschäftigungsinitiative für Jugendliche; europäische Struktur- und Investitionsfonds; Unterstützungssystem für Junglandwirte (Gemeinsame Agrarpolitik); EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe; Europäisches Nachbarschaftsinstrument.

³⁵ Das erste „Youth Policy Lab“ wurde 2017 mit drei Nachbarländern ausgerichtet: <https://blogs.ec.europa.eu/eupolicylab/>

Jugendgarantie, die Europäische Ausbildungsallianz³⁶ und den Tartu-Aufruf für einen gesunden Lebensstil³⁷.

2) Schärfung des Strategiefokus: Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf gezielte, in **Nationalen Aktionsplänen** identifizierte Maßnahmen zu konzentrieren, um die Prioritäten der EU in den nationalen Kontext zu übernehmen.

Diese Pläne sollten sich auf eine sektorübergreifende Zusammenarbeit zwischen Jugend- und anderen Politikbereichen stützen und auf bestehenden Governance-Mechanismen aufbauen, z. B. im Rahmen der Umsetzung des nationalen Jugendgarantie-Programms.

Sie sollten einen starken Zusammenhang zwischen den **transnationalen Kooperationsmaßnahmen**³⁸ der für die Umsetzung des Programms Erasmus+ zuständigen nationalen Agenturen und den in den Nationalen Aktionsplänen identifizierten Bereichen sicherstellen, um die Kohärenz zwischen der Politik und der Programmdurchführung zu verbessern.

Die **sektorübergreifende Zusammenarbeit** sollte **auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung** verstärkt werden, indem Synergien ermittelt, Komplementarität zwischen den Maßnahmen hergestellt und für eine starke Einbeziehung der Jugend gesorgt wird. Die Mitgliedstaaten sollten Jugendliche und andere Interessenträger dazu anregen, gemeinsame Initiativen ins Leben zu rufen, z. B. in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Digitales, Sport, Nachhaltigkeit und internationale Zusammenarbeit, und dabei das Potenzial von EU-Fördermitteln voll ausschöpfen.

Im Rahmen der Initiative „The Year of Listening“ 2017 brachten Interessenträger die folgenden Herausforderungen zur Sprache, die als Bereiche für Mainstreaming-Maßnahmen dienen könnten: Allgemeine - berufliche Bildung; Beschäftigung - Unternehmergeist; Gesundheit, einschließlich psychische Gesundheit; Armut - soziale Ausgrenzung; Integration der Jugend mit Migrationshintergrund³⁹; Internet - Medienkompetenz; Nachhaltigkeit - Klimawandel.

3.2. Mehrebenen- und partizipative Governance

Die Governance soll verbessert werden durch:

Evidenzbasierte Politikgestaltung und -überwachung: Eine wirksame Umsetzung stützt sich auf eine starke Evidenzbasis. Das **Dashboard für Jugendindikatoren** hat sich zu einem geschätzten Instrument entwickelt, mit dem sich die Entwicklung der Situation von Jugendlichen beobachten lässt. Im Rahmen der EU-Zusammenarbeit sollte zusätzlich die Heranziehung von **Politikindikatoren** zur Überwachung der Umsetzung der Strategie geprüft werden.⁴⁰ Im Jahr 2019 wird eine Überprüfung der EU-finanzierten Forschungsprojekte durchgeführt, die relevante Erkenntnisse für diesen Politikbereich liefern soll.

Fokus und Flexibilität: Die Strategie wird sich auf gemeinsame EU-Prioritäten im Bereich Jugend in allen Mitgliedstaaten konzentrieren und Flexibilität bei der Umsetzung von

³⁶ <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1147&langId=de>

³⁷ https://ec.europa.eu/sport/news/20170922-ewos-navracsics-health-call-tartu_fr

³⁸ Von den für Erasmus+ zuständigen nationalen Agenturen organisierte Aktivitäten.

³⁹ Im Ausland geborene Jugendliche und Einheimische mit einem im Ausland geborenen Elternteil machen 2014 in der EU 20 % aller Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 29 Jahren aus und dieser Anteil wird Prognosen zufolge aufgrund des Zustroms von Migranten seit Anfang der 2000er Jahre rasch steigen.

⁴⁰ In der Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über die Ergebnisse der offenen Methode der Koordinierung enthaltene Vorschlag.

Mainstreaming-Maßnahmen ermöglichen, um EU-Prioritäten an die nationalen Gegebenheiten anzupassen. Es wird erwartet, dass der Rat dreijährliche **EU-Arbeitspläne** mit der Kommission festlegt.

Partizipative Governance: Eine neue **Plattform** wird Interessenträgern eine größere Rolle bei der Koordinierung der Umsetzung der Strategie übertragen und Möglichkeiten für den Austausch von Informationen über Aktivitäten und Ergebnisse bieten. Die Kommission wird spezielle Treffen für Vertreter von Jugendorganisationen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, EU-Institutionen und Sozialpartnern organisieren.

Straffere Berichterstattung und Bewertung: Die Kommission wird alle drei Jahre über die Umsetzung berichten und sich dabei auf Informationen der Mitgliedstaaten, das Youth Wiki⁴¹ und Indikatoren stützen. Hierzu werden auch Informationen über den Nutzen der EU-Programme bei der Verwirklichung politischer Ziele gehören. Die Kommission wird 2023 eine Zwischenbewertung und 2024 möglicherweise eine Überprüfung durchführen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, dasselbe zu tun.

Voneinander-Lernen und Verbreitung von Informationen: Expertengruppen werden weiterhin politische Orientierungshilfen ausarbeiten, praktische Tools entwickeln und bewährte Verfahren austauschen; die Strategie wird neue Instrumente für das Voneinander-Lernen wie Peer-Learning und Peer-Beratung bieten. Es soll ein systematischerer Ansatz in Bezug auf hochwertige Informationen zum Thema Jugend, Öffentlichkeitsarbeit und die Verbreitung von Informationen verfolgt werden, der sich auf bestehende Netzwerke stützt.

Mobilisierung von EU-Programmen und EU-Fonds: Die Strategie wird eine wirksame Nutzung von EU-Programmen und EU-Fonds fördern, darunter Erasmus+, das Europäische Solidaritätskorps, Europäische Struktur- und Investitionsfonds, Horizont 2020, einschließlich der Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen, Kreatives Europa und deren Nachfolger. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, Synergien zwischen Finanzierungsquellen auf EU-, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu ermitteln.

Schlussfolgerungen und nächste Schritte

Junge Menschen setzen zu Recht hohe Erwartungen in ihre Zukunft in Europa. Europa wiederum muss ihnen bessere Lebenschancen bieten und auf ihre Anliegen eingehen.

Die Strategie wird durch inklusive und digitale Möglichkeiten des Dialogs die Bindungen zwischen der EU und den jungen Menschen verstärken, durch fokussierte Prioritäten und Maßnahmen wirksame Ergebnisse erzielen, und für eine effizientere Struktur sorgen, um die Ideen junger Menschen aufzugreifen und weiterzutragen sowie Informationen über Maßnahmen, die zu ihren Gunsten getroffen werden, zu verbreiten.

All dies soll durch stärkere Einbindung der EU-Fonds unterstützt werden. Die Strategie für die Jugend wird außerdem eine größere Eigenverantwortung von Interessenträgern fördern; dies soll durch eine starke Einbeziehung der Jugend und neue Plattformen auf EU-Ebene und darüber hinaus erreicht werden. Durch flexible Prioritätensetzung und Durchführung auf EU-Ebene sowie mit Unterstützung der Europäischen Kommission wird die Strategie im Hinblick auf lokale Gegebenheiten an Relevanz gewinnen, gleichzeitig jedoch die Zuständigkeiten der einzelnen Governanceebenen wahren.

⁴¹ <https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/en/youthwiki>

Die Kommission fordert den Rat auf, die vorgeschlagene EU-Strategie für die Jugend für den Zeitraum 2019-2027 zu befürworten und damit an die Jugendziele⁴² anzuknüpfen, die im Rahmen der EU-Jugendkonferenz im April 2018 vorgeschlagen wurden.

Der Rat wird ferner aufgefordert, einen Arbeitsplan für den Zeitraum 2019-2021 zu verabschieden und darin die in dieser Mitteilung vorgeschlagenen und in der Arbeitsunterlage über die Ergebnisse der offenen Methode der Koordinierung ausgearbeiteten Maßnahmen zu berücksichtigen.

⁴² <http://www.youthgoals.eu/>